

# Widerstand gegen Atomabfall wächst

Handewitt schließt sich dem Protest gegen die Lagerung von Bauschutt aus Atomkraftwerken in Harrislee an

Von Jan Kirschner

**HANDEWITT** Der interkommunale Schulterschluss gegen eine Deponierung von Bauschutt aus Atomkraftwerken in Harrislee wird größer. „Wir haben eine Chance, wenn wir in der Region zusammenhalten“, sagt Martin Ellermann. Der Bürgermeister von Harrislee begrüßte bereits „starke Signale“ aus Flensburg, Apenrade – und jetzt auch eine Resolution aus Handewitt an die Adresse der Landesregierung. Die Sorgen um die Lebens- und Wohnqualität der Bevölkerung treibt die Gemeinden an, gegen das Entsorgungskonzept und das Auswahlverfahren zu protestieren.

So passt es den Vertretern der Politik und der Verwaltung in Harrislee und Handewitt nicht, dass die aus den kerntechnischen Anlagen stammenden freigemessenen Abfälle nicht als Atommüll, sondern nur als Abfall gewertet werden. Statt des Atomrechts kommt so nur das weichere Abfallwirtschaftsgesetz zum Zuge. „So werden Bevölkerung und Umwelt längst nicht so geschützt“, erklärt Handewitts Bürgermeister Thomas Rasmussen. „Bei den freigemessenen Abfällen kommt nicht das Ministerium zum Prüfen, sondern der Betreiber eines Atomkraftwerks lässt selbst Stichproben aus den Chargen ziehen.“

Und wenn die Untersuchungen den Grenzwert der radioaktiven Strahlung unterschreiten, dann können die Atomkraftreste an eine der ausge-



**Sie wehren sich gegen das Deponieren** von Bauschutt aus Atomkraftwerken: Bürgervorsteher Wolfgang Hennig (v.l.) und Thomas Rasmussen für Handewitt, Bürgermeister Martin Ellermann und Bürgervorsteher Heinz Petersen für Harrislee. FOTO: JAN KIRSCHNER

wählten Deponien transportiert werden. „Aber was ist, wenn es in zehn oder 20 Jahren ganz neue Erkenntnisse gibt?“, fragt Thomas Rasmussen. „Dann wird es nur schwer möglich sein, den Müll zurückzuholen, der diffus auf die Deponien verteilt wurde.“ Kollege Martin Ellermann sieht bereits jetzt die Verantwortung Harrislees in Fragen der Entsorgung restlos erfüllt: „Auf unseren 19 Quadratkilometern haben wir zwei Deponien.“

Die kommunalen Nachbarn erinnern sich noch zu gut daran, wie der einstige Umweltminister Robert Habeck in der Holmberghalle 2016 ein „transparentes Verfahren“ versprach. Oder an eine kleine Konferenz in Kiel mit Staatssekretär Tobias Goldschmidt, der noch im vergangenen Jahr

eine „freiwillige Lösung“ befürwortet haben soll.

Doch dann kam der 8. Mai 2020: Der just beschlossene Antrag der Kieler Regierungsfractionen beinhaltet die Aussage, dass „auch einzelne Zuweisungen das erforderliche und angemessene Instrument sind“. Für die Nordlich-

*„Die Bewohner in Fröslee und Bov wohnen ja dichter an der Deponie, als die von Handewitt und Harrislee.“*

**Heinz Petersen**  
Bürgervorsteher Harrislee

ter ein „Blankoscheck für eine Zwangszuteilung“ der Atomkraftwerksreste auf die vier ausgewählten Standorte, darunter Harrislee.

„Ohne Aussprache, einfach

so durchgewinkt“, ärgert sich Handewitts Bürgervorsteher Wolfgang Hennig. Sein Harrisleer Amtskollege Heinz Petersen mokiert sich: „Die Landtagsfraktionen haben noch nicht einmal die Parteien vor Ort informiert.“

Die vorgesehene Deponie „Balzersen“ liegt an der Ellunder Straße und damit direkt an der Grenze zu Handewitt. In Sichtweite liegt Dänemark, was den Konflikt um eine internationale Dimension erweitert. „Die Bewohner in Fröslee und Bov wohnen ja dichter an der Deponie als die von Handewitt und Harrislee“, weiß Heinz Petersen. Thomas Rasmussen wundert sich: „In Dänemark fand und findet keine Atomkraft statt, jetzt bekommen die Dänen den Abfall ganz subtil vor die Haustür gekippt.“ Martin Ellermann sieht

gar das nachbarschaftliche Verhältnis zum Königreich gefährdet.

In Harrislee und Handewitt befürchtet man, dass bereits im kommenden Jahr ein Bescheid zur Deponierung des unerwünschten Atom-Bauschutts eintreffen könnte. Aufgeben wollen sie längst noch nicht, zumal sie den Deponiebetreiber mit im Boot wähen. Dank der Vermittlung von Umweltverbänden ist ein Fachanwalt gefunden, die Bundestagsabgeordnete Petra Nicolaisen soll in Berlin tätig werden. Auch ein Vorstoß in Richtung des dänischen Umweltministeriums soll unternommen werden. Derweil plant die Bürgerinitiative „Atommüll-Einlagerung Stopp Harrislee“ am Reformationstag eine Fahrzeug-Demo vor der Deponie „Balzersen“.